

culture enjeu

KULTURSCHAFFENDE
GELD
PUBLIKUM

www.cultureenjeu.ch

N°56 • DEZEMBER 2017

NO BILLAG

DAMALS
WAR ES
BESSER...



VIERSPRACHIGE SONDERAUSGABE

Hinter jedem audiovisuellen Werk stehen Menschen. Wir schützen ihre Urheberrechte.

Die Kulturfonds von SUISSIMAGE und SSA fördern das Kulturschaffen
und die Entwicklung von neuen Projekten.



suissimage

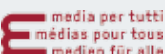
Schweizerische Genossenschaft für
Urheberrechte an audiovisuellen Werken
Bern | 031 313 36 36
Lausanne | 021 323 59 44
mail@suiimage.ch | www.suiimage.ch

SSA société
suisse des
auteurs

Verwaltung der Urheberrechte für
Bühnen- und audiovisuelle Werke
Lausanne | 021 313 44 55
info@ssa.ch | www.ssa.ch

Edito

Was kostet es - was bringt es mir?

Von **Nina Scheu**, Co-Präsidentin von 

Die Diskussion über die Bedeutung des medialen Service public und der Grundversorgung aller Landesgebiete mit Information ist notwendig geworden. Und zwar mit all jenen, die sich nicht dafür interessieren.

Vor Ihnen liegt ein Heft voller Argumente für den gebührenfinanzierten Service public in den Medien. Für eine unabhängige SRG und für die Unterstützung der konzessionierten Privatradios und -fernsehtationen, die ebenfalls einen Informationsauftrag erfüllen. Ein über 40 Seiten umfassendes Plädoyer für eine von der Gesamtbevölkerung getragene Stütze der journalistischen Arbeit und Vielfalt, und mit ihr für die staatsunabhängige Förderung eines Kulturschaffens, das auch politische und wirtschaftliche Zusammenhänge kritisch beleuchten kann, ohne Sanktionen befürchten zu müssen.

Seit Wochen, Monaten und teilweise sogar Jahren setzen sich die Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe von CultureEnJeu für diese essentiellen demokratischen Grundwerte ein – für die freie, letztlich unbezahlbare, weil nicht gewinnbringende Information aller Menschen in diesem Land, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihres Alters und ihrer Vermögenslage... Wie ging das nochmal mit den Menschenrechten? Der freie Zugang zur Information gehört dazu.

Noch vor zehn Jahren sorgte dieses Thema kaum für Reaktionen. «RTVG» war vor der Totalrevision 2006 eine Abkürzung, deren Bedeutung nur Wenige interessierte. Heute schreien viele nach einem «längst fälligen Mediengesetz», ohne zu wissen – oder wider besseres Wissen und also bewusst, dass wir längst eines haben. Eben jenes Radio- und Fernsehgesetz, RTVG, das zwar an die fortschreitende Digitalisierung und Globalisierung der Welt angepasst werden muss, in seinen Grundzügen aber gut, richtig und wichtig ist. Es garantiert unter anderem die politische Unabhängigkeit des öffentlichen Rundfunks – die von einigen Politikern nicht gerne gesehen wird. Die möglichst grosse politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit ist auch der Grund, weshalb der mediale Service public in der Schweiz nicht über den Staat und die Steuern finanziert wird, sondern über die Haushaltabgabe, die von einer nichtstaatlichen Firma, der Billag (und in Zukunft der Serafe), eingezogen wird.

Wer sich in den Sozialen Medien oder den Online-Kommentarspalten verschiedener Zeitungen tummelt, sieht eine Stimmung widerspiegelt, in der niemand mehr bereit ist, für die Werte der Gemeinschaft einzutreten. Eine Stimmung, die das eigene Konsumverhalten zum Mass aller Dinge erklärt und «den Anderen» nichts gönnt: «Ich fahre kaum Zug, da zahle ich doch für „die Anderen“ nicht den Ausbau der SBB», «ich schaue kein Fernsehen, dann sollen es „die Anderen“ auch nicht tun», oder auch: «Ich leiste mir Netflix (für die Serien), Teleclub (für die Spiel- und Dokumentarfilme), Sky (für den Sport), Spotify (für die Musik) und all die anderen privaten Bezahlkanäle, dann sollen auch „die Anderen“ für ihren Medienkonsum bezahlen». Auch das weiss man schon längst: All diese Sender bieten kein Vollprogramm und ihre Abos kosten rasch ein Vielfaches der zur Diskussion stehenden Radio- und TV-Abgabe.

In den Kommentarspalten werden Szenarien herbeigekallt, die nicht zu unserem demokratischen Selbstverständnis passen. Da präsentiert sich eine Schweiz, in der Kranke ihre Spitalkosten gefälligst selbst tragen und AutobesitzerInnen nicht mehr für die Bahn, dafür umso mehr für den Strassenbau bezahlen. Eine individualisierte Gesellschaft, in der am Ende nur jene profitieren, die über ein gut gefüttertes Portemonnaie verfügen... Wie ging das nochmal mit der Überwindung der feudalen Besitz- und Machtverhältnisse in der Französischen Revolution? Gleichheit und Brüderlichkeit gehörten dazu.

Die Diskussion in den Leserbriefspalten und Online-Medien zeigt, dass es nicht genügt, mit diesem Heft die Überzeugten zu Wort kommen zu lassen. Es geht vielmehr darum, die Inhalte dieser Zeitschrift breit zu diskutieren. Mit all jenen, die glauben, etwas zu sparen, wenn sie gegen die Erhebung einer Rundfunkabgabe stimmen und vor allem mit jenen, die sich nicht für die «No Billag»-Initiative interessieren.

Es geht darum, ihnen zu erklären, weshalb «No Billag» Tür und Tor öffnet zu einer politischen und wirtschaftlichen Einflussnahme auf das, was wir von der Welt erfahren; auf das, was uns dann als wichtig verkauft wird und auf das, was uns – wie einst Brot und Spiele im alten Rom – bei Laune halten soll, damit wir den Mächtigen nicht kritisch auf die Finger schauen. ■ **NS**

Nina Scheu

Nach Studien in Medizin, Germanistik und Filmwissenschaft alleinerziehende Kulturjournalistin und seit 2009 Teil der Kommunikationsleitung der Gewerkschaft comedia, heute syndicom. Dort und als Co-Präsidentin von «Medien für Alle» setzt sie sich für ihre BerufskollegInnen in den Medien ein sowie für den Erhalt der Medienvielfalt und -qualität in der Schweiz.



INHALT

Dezember 2017 - n°56

VIERSPRACHIGE SONDERAUSGABE

Deutschsprachiger Teil	1-14
Edito :	3
Es war einmal	4
Eine demokratische Geschichte erzählen alle	5
Schweizer Fernsehen & Schweizer Kino (...)	6
Arbeiten Journalistinnen bei privaten Medien besser als bei öffentlichen?	7
Es geht nicht um Geld, sondern um unabhängige Service Public Medien: Für Vielfalt und Demokratie	8
Jeder Franken für die SRG ist ein Franken für den Zusammenhalt der Schweiz	9
Warum „No SRG“ der Medienbranche schadet	10
Neues Mediengesetz statt Kurzschlussbehandlungen	11
Auch die Musik ist ein Service public	12
„No Billag“ – Wir sollen auf unsere Kosten sparen	13

IMPRESSUM

Culture Enjeu - n°56 - Dez.2017

Herausgeber **Association CultureEnJeu**

Verlagsleitung

Gérald Morin • gerald.morin@cultureenjeu.ch

Redaktion CultureEnJeu • Rue du Petit-Chêne 25
CH-1003 Lausanne • +41 (0)21 311 18 77
info@cultureenjeu.ch • www.cultureenjeu.ch

Joël Aguet • Vincent Arlettaz • Christian Campiche •
Frédéric Gonseth • Corinne Jaquière • Gérald Morin •
Marco Polli • Nadine Richon • Christine Salvadé

Art Direction

Françoise Morin • francoise.morin@cultureenjeu.ch

Grafikdesign Elise Gaud de Buck • www.lalgo.com

Abonnements und Adressänderungen

Micaela Campiche • secretariat@cultureenjeu.ch

Druck Gasser Media SA • 2400 Le Locle • ISSN 1660-7678

Illustration und copyright

Cover & illustration : © Pitch Comment

3 Nina Scheu © DR

4 Pedro Lenz © Philipp Zinniker

5 Mona Petri © Christian Lanz

6 Denis Rabaglia © DR

7 Urs Thalmann © DR

8 Balhasar Glättli © Judith Schönenberger

9 Christine Bulliard-Marbach © DR

10 Philipp Cueni © DR

11 Albert Vitali © DR

13 Daniel Fueter © maxresdefault

Es war einmal

Von Pedro Lenz

Es war einmal eine Schweiz, der es recht gut ging, besser jedenfalls, als vielen andern Ländern. Für dieses Wohlergehen, gab es eine Menge Gründe. Die Menschen, die in dieser Schweiz lebten, waren tüchtig und zuweilen auch schlau. Sie investierten in Bildung und Forschung. Sie waren lange von Kriegen oder anderen grossen Katastrophen verschont geblieben. Aber vor allem pflegten sie einen speziellen Umgang untereinander. Ihre Geschichte hatte sie gelehrt, aufeinander Rücksicht zu nehmen und unterschiedliche Meinungen zu respektieren. Es gehörte zu den Traditionen dieses Landes, dass die Menschen den Dialog pflegten, sich austauschten und einander zuhörten. Während vielen Jahrzehnten achteten Schweizerinnen und Schweizer darauf, Minderheiten und Andersdenkende nicht auszugrenzen, sondern einzubinden. Sie entwickelten Übung darin, einen Konsens zu finden. Und wenn es dennoch Uneinigheiten gab, wurden nicht radikale Entscheidungen getroffen, sondern Kompromisse gesucht. Das war manchmal langweilig, aber es funktionierte in der Regel recht gut. Und es war wichtig, weil dieses Land weder aus sprachlichen, noch aus ethnischen, konfessionellen oder geografischen Gründen eine Einheit bildet. Die Schweiz war nur deshalb ein geeintes Land, weil ihre Bewohnerinnen und Bewohner dies wollten.

Irgendwann aber begannen sich einzelne Menschen in diesem Land zu langweilen. „Warum müssen wir Schweizer immer so vernünftig sein?“, fragten sie sich. „Wie viel spannender wäre es doch“, dachten

sie, „wenn wir einen aggressiveren Umgang miteinander pflegen würden! Wie schön wäre es, wenn wir politische Gegner diffamieren könnten und aufhören würden, den althergebrachten Gemeinsinn hochzuhalten. Wie toll wäre es, wenn wir - wie andere Länder auch - unsere Demagogen und Populisten hätten! Wie viel aufregender könnte unser Land sein, wenn wir egoistischer wären und statt für Ausgleich für Spaltung sorgten!“

Also begannen immer mehr Leute im Land, Errungenschaften zu verteufeln, die dieses Land ausgemacht hatten. Zu diesem Zweck mussten neue Begriffe eingeführt und die Sprache angepasst werden, was bald auch geschah. Aus Bedürftigen wurden Sozialschmarotzer. Aus Asylsuchenden wurden Wirtschaftsflüchtlinge. Aus denen, die sich für das Gemeinwesen einsetzten, wurde die Classe-Politique. Aus der Bevölkerung wurde das Volk. Und um zu unterscheiden, zwischen denen, die seit der Schöpfung der Welt einen Schweizer Pass besitzen und denen, die den Pass erst danach erlangt haben, wurde in der Deutschschweiz für erstere der Begriff Eidgenosse reaktiviert.

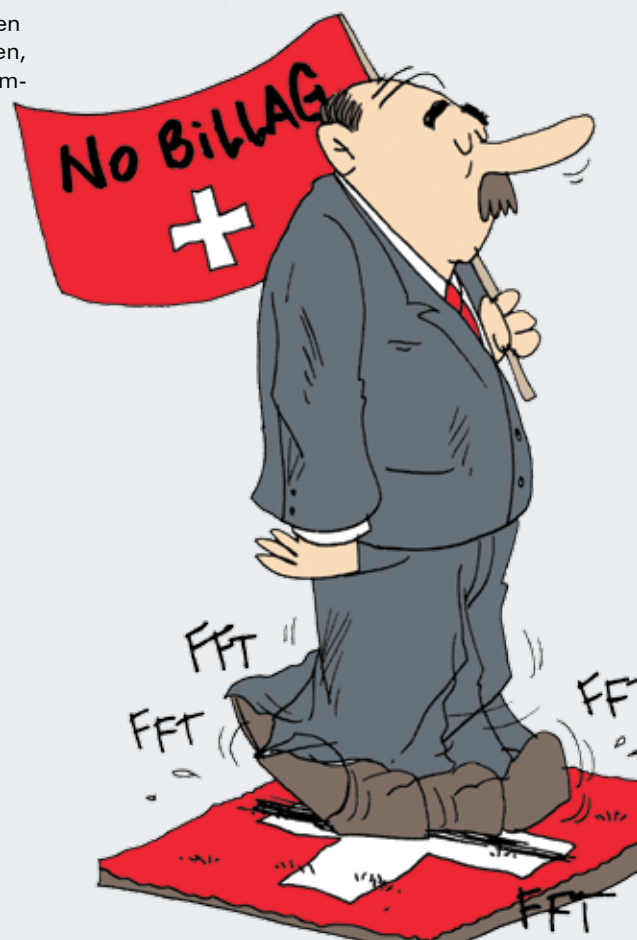
Jene, die angetreten waren, die alten Schweizer Werte mit Füßen zu treten, nannten sich fortan Patrioten. Wann immer sie bei einem Volksbegehren mehr als 50 Prozent der Stimmen erreichten, sollte die andere Hälfte der Bevölkerung kuschen.

Doch irgendwann merkten die sogenannten Menschen, dass ihnen durch das Verachten alter Werte wie Dialogfähigkeit oder Solidarität allmählich

die Heimat abhanden kam. Diesen Mangel an Heimatgefühl versuchten sie durch einen fast religiösen Hass auf Europa und die ganze Welt zu kompensieren. Gleichzeitig begann im Land ein grosser Aufschwung äusserlicher Zeichen und Symbole, die den Mangel an Heimatgefühl hätten überdecken sollen. Doch die aus Plastikkühen, Heimatpop, Bergfilmen und Edelweisshemden zusammengebastelte Swissnes, vermochte den verlorenen Gemeinschaftssinn nicht zu ersetzen.

Die Führungsriege dieser selbsternannten Patrioten begann zu verstehen, was sie angerichtet hatte. „Wenn wir ohnehin schon beinahe alles verteufelt haben, was dieses Land zusammenhält“, sagten sie sich, „könnten wir jetzt eigentlich auch noch gegen das öffentlich-rechtliche Radio und Fernsehen vorgehen! Räumen wir restlos auf mit allem, was diesem Land noch ein bisschen Zusammenhalt gibt!“ ■ PL

DIE "PATRIOTEN"



Pedro Lenz

arbeitet seit 2001 vollzeitlich als Schriftsteller. Er schreibt Kolumnen für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften, derzeit für die NZZ und die WOZ. Als Autor ist er Mitglied des Bühnenprojekts «Hohe Stirnen» und der Spoken-Word-Gruppe *Bern ist überall*. Er hat Texte für verschiedene Theatergruppen und für das Schweizer Radio SRF verfasst.
www.pedrolenz.ch

Eine demokratische Geschichte erzählen alle

Von Mona Petri

“Wir wollen eine demokratische Förderung der Medien. Jeder soll mit seinem Geld nur die Medien bezahlen, die er auch konsumieren will.“ So habe ich einen Initianten der No-Billag Initiative in einer SRG-Radiosendung sein Anliegen auf seinen Punkt bringen hören. Und habe gedacht: Das wünschen sich Menschen, die sehen wollen, was sie ohnehin schon sehen. Menschen, die bestätigt haben wollen, was sie an Meinungen in sich eingemauert haben, die desinteressiert sind an Verständnis und Miteinander. Sie haben sich eingegelt.

Wenn jede nur noch bereit ist, für die eigenen Interessen einzustehen, und jeder nur schaut, dass er bekommt, was er bestellt hat – was hat das mit Demokratie zu tun?

“Eine demokratische Geschichte erzählen alle. Nicht nur die professionellen Erzählerinnen und Erzähler. Da ist jeder und jede relevant, alte Menschen und junge, die mit Arbeit und die ohne, die mit mehr und die mit weniger Bildung, Dragqueens und Pastoren, Unternehmerinnen oder Offiziere, Rentnerinnen und Studenten, jede und jeder ist wichtig, um eine Geschichte zu erzählen, in der alle angesprochen und sichtbar werden.“ So formulierte es Carolin Emcke in ihrer Dankesrede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels.

Im Leistungsauftrag der SRG heisst es, der Service public habe die Meinungsvielfalt sicher zu stellen. Und weiter: „Die SRG unterscheidet sich von kommerziellen Anbietern, weil sie alle Sprachregionen sowie Mehr- und Minderheiten berücksichtigt, ... Kultur nicht nur abbildet, sondern auch Kultur schafft, nicht das Streben nach Quote, sondern die Qualität, Glaubwürdigkeit und Relevanz in den Vordergrund stellt, von politischen und wirtschaftlichen Interessen unabhängig ist.“

Wie sagt es Caroline Emcke: „Diese demokratische Geschichte eines offenen, pluralen Wir braucht Bilder und Vorbilder auf den Ämtern und Behörden, ebenso wie in den Theatern und Filmen - damit sie uns zeigen und erinnern, was und wer wir sein können.“

Anlässlich der Vorpremiere von „Tiere“ in Baden hat sich der Kinopatron Peter Sterk die Mühe gemacht, die Filme zu zählen, in denen ich bis jetzt mitgespielt habe. Er kam auf über 40. Mindestens zwei Drittel hat die SRG mitproduziert oder gefördert. Seit meinen ersten Schritten vor der Kamera war die SRG meine konstanteste Arbeitgeberin. Eine Schweizer Filmschauspielerinnen-Laufbahn ist ohne SRG nicht denkbar.

Es waren nicht lauter Meisterwerke. Und ich selber war darin auch bestenfalls momentweise meisterhaft als Spielerin. Aber die meisten davon waren mit Herzblut und Anspruch unternommene Versuche, etwas über unser Leben als Frauen, Männer, Kinder, Bürgerinnen, als Kämpfende und Scheiternde zu erzählen.

Es ging darum, ein Wir und eine gemeinsame Sprache zu schaffen, Verstecktes sichtbar zu machen, Unerlöstes, Unheilbares zu erinnern und zu beweinen. Um das, was Kunst leisten kann und muss. Und was sie überlebenswichtig macht für eine Demokratie. Deshalb braucht sie Schutz und Förderung. Besonders dort, wo sie sich der Zartheit, des Schambeladenen und Verstörenden annimmt. Dort auch, wo Wenige zu Wenigen sprechen.

Wenn wir zulassen, dass solche Arbeiten - seien es Spiel- oder Dokumentarfilme, Hörspiele, Wissenschaftssendungen, Philosophische Gespräche oder Reportagen nicht mehr gemacht und ausgestrahlt werden können (und ein Medienhaus, dass den Gesetzen des freien Marktes unterworfen ist, kann sich kaum solche Arbeiten leisten), lassen wir zu, dass Angehörige von Minderheiten mit besonderen und besonders herausfordernden Biographien noch weniger gehört und verstanden und zunehmend ausgegrenzt werden.

Wir lassen zu, dass uns der Einblick und die Einfühlung ins Andere und in die Vielfalt abhanden kommen. Aber das lassen wir nicht zu.

Das lassen wir nicht zu! ■ MP



Mona Petri

ist freischaffende Theater- und Filmschauspielerin. Für ihre Rolle in „Füür oder Flamme“ von Markus Fischer erhielt sie 2003 den Schweizer Filmpreis als beste Darstellerin und für „Hello Goodbye“ von Stefan Jäger (2007) und für „Verliebte Feinde“ von Werner Schweizer (2012) jeweils eine Nomination. Nebenberuflich arbeitet Mona Petri als Altenpflegerin.

Schweizer Fernsehen & Schweizer Filmschaffen

Eine langwährende Partnerschaft

Von Denis Rabaglia

So ist es in allen „kleinen“ europäischen Ländern: In Belgien, den Niederlanden und in den Skandinavien: unterhalb der 10-Mio.-Einwohner-Grenze sind die öffentlichen Fernsehanstalten die unumgänglichen Verbündeten des nationalen Filmschaffens. Warum?

Weil ein nationales Fernsehen durch Produktion und Ausstrahlung über seine Nation berichten muss. Es kann sich nicht damit begnügen die amerikanischen Serien, so brillant sie auch sein mögen, bis ins Unendliche zu wiederholen. Seine Aufgabe ist es, Geschichten für jedes Publikum zu erzählen und nicht nur für die Schlaflosen, die Filme und Serien auf VOD (video on demand) verschlingen. Nationale Filme oder Dokus auszustrahlen (dänische Filme in Dänemark, finnische in Finnland) ist weit mehr als simple „kulturelle Vielfalt“ oder „Aufgabe des Service Public“. Es entspricht einem tiefen gesellschaftlichen Bedürfnis: jenem des Widerspiegelns der Welt in der wir leben und nicht nur der Welt in der unsere Nachbarn leben.

Die Beziehungen zwischen Schweizer Kino und Schweizer Fernsehen folgen auch dieser Logik, aber mit einer viel komplexeren, multikulturellen Realität. Die SRG besteht aus 4 Einheiten, welche je einer der nationalen Sprachen zugeordnet sind. Jede Einheit hat die Aufgabe, Filme oder Dokus in ihrer Sprache zu produzieren oder koproduzieren, anhand von Mitteln, die der jeweiligen Bevölkerungsdichte entsprechen, und in Zusammenarbeit mit den Autoren, Produzenten, Interpreten und Technikern des betreffenden Sprachgebiets.

Diese Zusammenarbeit wurde im „Pacte de l'Audiovisuel“ festgehalten. Die Vereinbarung wird alle 4 Jahre zwischen den Parteien verhandelt, in der aktuellen Vorlage stehen CHF 27,5 Mio. zur Verfügung. Diese finanziellen Mittel werden unter den Einheiten für das Fernsehchaffen (die editoriale Verwendung liegt einzig in den Händen des Verantwortlichen jeder Einheit) und dem Filmschaffen (die editoriale Verwendung liegt in den Händen der unabhängigen Produzenten) verteilt. Somit wird, logischerweise, von den Einheiten mehr Geld in Fernsehproduktionen gesteckt und genauso logisch wird mit der Finanzierung festgelegt, wo das Werk als erstes öffentlich gezeigt wird: Im Fernsehen oder im Kino.

Diese Form der Zusammenarbeit – welche identisch mit anderen „kleinen“ europäischen Ländern ist – nimmt ihren Anfang in den 70er-Jahre: damals arbeiteten bei der RTS Alain Tanner, Claude

Goretta und Michel Soutter. Die Produktionsgelder, die sie für ihre ersten Kinofilme erhielten, erlaubten den Durchbruch des „jungen Schweizer Films“ auf internationaler Ebene. Diesen Erfolg nutzten auch die Filmschaffenden der anderen Regionen des Landes, indem sie eine regelmässige Zusammenarbeit mit den anderen Einheiten der SSR auf die Beine stellten. In der deutschen Schweiz zum Beispiel, wird der Dialekt zum Eckpfeiler dieser Politik. Denn wenn das SF keine Dialektfilme produziert, wer macht es dann? Bestimmt nicht die deutschen Fernsehanstalten!

So hat sich im Laufe der Jahrzehnte zwischen dem Schweizer Fernsehen und dem Schweizer Kino eine erfolgreiche Zusammenarbeit ergeben. Gewiss hat sie nicht dieselben Farben ob in Genf, Zürich oder Lugano, da sie sich der soziokulturellen Wirklichkeit anpasst.

Die „No Billag“ Initiative ist ein Angriff auf das Herz dieser Einrichtung. Die Folgen wären das Verschwinden der SSR, eine Streichung von 25% der Finanzierung des Schweizer Films und Dokumentarfilms sowie die gleichzeitige Zerstörung jeglicher Fernsehproduktionen. Wer wird am Tag nach der Abstimmung – sollte sie die Mehrheit davontragen – noch unsere Filme zeigen, wer unsere Geschichten erzählen? Die Fernsehanstalten der anderen Länder bestimmt nicht! ■ DR

Übersetzung: Irene Godel

**Jene Welt
widerspiegeln, in
der wir selbst leben,
und nicht nur die
Welt, in der unsere
Nachbarn leben.**



Denis Rabaglia

Filmregisseur und Autor von Filmen wie, unter anderen, „Azzurro“ (2000) und „Marcello Marcello“ (2008). Seit 2012 Präsident der *Société Suisse des Auteurs*, der Genossenschaft zur Verwaltung der Urheberrechte für Bühnen- und audiovisuelle Werke.





Urs Thalmann

ist Geschäftsführer von impressum, dem Verband der Schweizer Journalistinnen und Journalisten. Nach seinem juristischen Studium in Zürich und Freiburg forschte er für ein Nationalfondsprojekt zur Aussenpolitik der Schweiz und anschliessend am Institut für Föderalismus der Universität Freiburg für die Demokratisierungs-, Dezentralisierungs- und „good governance“-Projekte der DEZA und des EDA in diversen Staaten. Er begann 2004 bei impressum.

Arbeiten Journalistinnen bei privaten Medien besser als bei öffentlichen?

Von Urs Thalmann

Die Informationsfreiheit der Gesellschaft lebt von der Unabhängigkeit der Journalisten. Doch mit einer Annahme von „No Billag“ würde nicht nur die SRG dezimiert, sondern es würde auch in allen anderen Medien schwieriger, als Journalistin, Journalist unabhängig zu arbeiten. Und damit steht die Informationsfreiheit jedes Mitglieds der Gesellschaft auf dem Spiel.

Sind nun Journalisten bei privaten Medien besser als bei öffentlichen? Natürlich! Und umgekehrt auch! Denn nur, weil man an beiden Orten eine gute Journalistin, ein guter Journalist sein kann, wechseln viele von privaten zu öffentlichrechtlichen Medien und zahlreiche wieder in die Gegenrichtung. Ihre Möglichkeiten und Grenzen sind je nach Unternehmenstyp andere, doch wo auch immer sie arbeiten: Gut sind jene, die – stets der Gesellschaft verpflichtet – so unabhängig wie irgend möglich berichten. Jene, die sich dafür einsetzen, dass ihre Arbeitgeber die innere Pressefreiheit respektieren und die Recherche ohne Rücksicht auf kommerzielle oder politische Interessen fördern. Jene, die einen hervorragenden journalistischen Job machen und sich dafür engagieren, dass sie und ihre Berufskolleginnen und -kollegen das auch in Zukunft tun können. Jene, die sich und ihr berufliches Umfeld immer wieder an die Berufsethik erinnern und sich so für noch mehr Unabhängigkeit der Redaktion einzusetzen.

Das tun die Kolleginnen und Kollegen bei der SRG genauso wie jene bei den privaten Medien. Doch was alle wissen: Je mehr der Druck auf die Stelle zunimmt, desto schwieriger wird es, die Unabhängigkeit zu bewahren. Durch „No Billag“ sind mehr als 2500 journalistische Stellen direkt bedroht. Aber nicht nur diese: Wenn 2500 Journalistinnen und Journalisten arbeitslos werden, platzt der Arbeitsmarkt aus allen Nähten. Der Druck auf die

Kolleginnen und Kollegen, die in den noch verbleibenden Medien arbeiten, wird enorm ansteigen. Und Druck ist Gift für die Unabhängigkeit. Auch für Journalistinnen in privaten Medien würde es nach einer angenommenen „No Billag“-Initiative viel schwieriger, so gut zu arbeiten, wie sie es heute tun. Die Initiative würde der ganzen Branche einen bleibenden Schaden zufügen. Und verlieren würden am Schluss nicht nur die Journalisten, sondern alle, allen voran die Demokratie und die Gesellschaft.

Weil es nicht nur um einen Beruf, sondern vor allem um die Gesellschaft geht, stehen heute auch die Journalisten in der Verantwortung. „Die Freiheit der Information“ zu verteidigen, ist ihre edelste Pflicht aus der „Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten“. Wie und wann im Vorfeld der Abstimmung über die SRG berichtet wird, wird die Stimmung beeinflussen. Gut zu wissen ist also, dass auf die Journalistinnen und Journalisten Verlass ist – in allen Medien. Ob bei der SRG oder bei privaten Medien, sie handeln verantwortungsvoll und bedenken die Folgen ihrer Berichterstattung. Denn „die Verantwortlichkeit der Journalistinnen und Journalisten gegenüber der Öffentlichkeit hat den Vorrang vor jeder anderen, insbesondere vor ihrer Verantwortlichkeit gegenüber ihren Arbeitgebern und gegenüber staatlichen Organen.“ Auch das steht in der „Erklärung“. ■ **UT**



Balthasar Glättli

studierte Philosophie und Germanistik, gründete ein Internet-Startup, war lange Generalsekretär von Solidarité sans frontières. Zürcher Nationalrat der Grünen und seit 2013 Präsident. Er ist, er ist aktuell auch Mitglied der Staatspolitischen (SPK-N) und der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK-N).



Es geht nicht um Geld, sondern um unabhängige Service-Public-Medien: Für Vielfalt und Demokratie

Von Balthasar Glättli

Die Initiative, die im März 2018 zur Abstimmung kommt, heisst im Volksmund „No-Billag“. Also geht es vordergründig um Geld. In Wirklichkeit geht es aber um etwas ganz anderes. Vorab geht es um ein Stück Mediendemokratie. Demokratie lebt von der Vielfalt und von der Verteilung der Macht.

Wesentlich dabei ist etwas Fundamentales: Der Service public ist und muss in seinem Selbstverständnis eine Einrichtung sein von der Gesellschaft und für die Gesellschaft, nicht des Staates. So ist er historisch auch entstanden, aus den Regionen: das hiess damals Studio Bern, Studio Basel, Studio Zürich, Lausanne, Genf, Lugano. Am Anfang standen Initiativen von Bürgern für Bürgerinnen und Bürger.

Der Service public in der Schweiz ist eine republikanische Einrichtung. Er hat sich in und mit der Geschichte natürlich verändert, verändern müssen: durch zwei Weltkriege hindurch, mit den gesellschaftlichen Emanzipationsbewegungen. Und er muss sich jetzt den Herausforderungen der Digitalisierung und der Globalisierung neu stellen. Aber es ist klar: wir brauchen diese Infrastruktur der Demokratie, als Ort für eigenständige Schweizer Medien in einem zunehmend globalisierten Mediensystem.

Der Service public der Mediens Schweiz gehört dem Volk. Es wäre ein Treppenwitz der Schweizer Geschichte, wenn es den Initianten gelingen sollte, das Schweizer Volk im Verein mit einer selbsternannten „Volkspartei“ dazu zu bringen, sich mit „No billag“ selber zu enteignen.

Mit einem Ja würde der Service public – jener der SRG ebenso wie jener der privaten Service public-Veranstalter – zerstört. Dann kontrollieren ein paar Familien und eine oder zwei Parteien den Schweizer Zeitungs- und Online-Markt. Bereits heute braucht es den Service public in manchen Regionen als Ga-

ranten der Medienvielfalt. Im nationalen und internationalen Bereich ist er das ganz selbstverständlich schon in hohem Masse. Dabei sollte man nicht nur ans Fernsehen denken, das übrigens auch für die Existenz des Schweizer Films fundamental ist. Wir sollten bewusst auch vom SRG-Radio sprechen, das seit Jahrzehnten eine erstklassige Leistung im Informationsbereich liefert: mit den aktuellen Informationen, vor allem aber mit den Einordnungen wie im „Echo der Zeit“, mit den grossen Hintergrundsendungen und – durchaus auch unterhaltend – mit den kulturellen Erlebnissen und Einblicken aus der ganzen Welt.

Da wird immer wieder glasklar, was Service public eigentlich ist: Es geht um Information, um Einordnung, um Bildung, aber auch, ja, um Sport, um Unterhaltung, und all das zu einem erschwinglichen Preis. Man muss beim Service Public nicht 2000 oder fast 3000 Franken in die Hand nehmen, um nur schon ein umfassendes Sportangebot zu bekommen. Das ist bei neu bald nur noch einem täglichen Gebührenfranken alles inklusive. Dazu gehört auch Sport, Kultur, Unterhaltung. Zu Recht. Denn weil alle bezahlen, haben auch alle ein Anrecht darauf, dass ihre Interessen auf vernünftige Weise befriedigt werden.

Dabei sind wir Grünen nicht unkritisch. Wir finden es problematisch, wenn der Bundesrat gleichzeitig die Gebühren plafoniert und dafür der Werbung bis hin zu Admeira freien Lauf lässt. Die Gebührenfinanzierung sollte ausreichen für die Erfüllung des umfassenden Auftrags. Werbung und Datensammelei sind kritisch zu betrachten.

Kritisch sind wir Grünen auch gegen eine gewisse Verengung des politischen Blicks auf Bundesratsparteien. Und für uns geht – last but not least – die Vielfalt der Schweiz weit über die vier Sprachregionen hinaus, sie umfasst die ganze Breite eines von Migration bereicherten Landes, die sich heute bei der SRF viel zu wenig spiegelt. Aber das sind Kritikpunkte, die man mit dem Abwürgen des Service Public nicht löst! ■ BG

Jeder Franken für die SRG

ist ein Franken für den Zusammenhalt der Schweiz

Von Christine Bulliard-Marbach

Die Volksinitiative „No Billag“ ist eine Gefahr für die Schweiz. Indem sie die Radio- und TV-Gebühren abschaffen will, stellt sie die Existenz des Service Public infrage. Sagen wir es klipp und klar: Die SRG kann dem Schock einer Abschaffung der Gebühren nicht standhalten, auch wenn die Initianten das Gegenteil behaupten. Sie würde verschwinden, und mit ihr ungefähr 6'000 Arbeitsplätze. An einem einzigen Abstimmungssonntag würde man einen Schlusstrich unter SRF, RTS, RSI, RTR und Swissinfo ziehen – sowohl beim Radio als auch beim Fernsehen. Um diesen Schiffbruch abzuwenden muss die Initiative No Billag verworfen werden.

Die Befürworter dieser verhängnisvollen Initiative behaupten das genaue Gegenteil. Die Initianten meinen, die SRG werde sich mit höheren Werbeeinnahmen über Wasser halten. Aber ein kurzer Blick auf die Tatsachen vernichtet dieses Argument. Heute stellen die Radio- und TV-Gebühren 75 Prozent der Einnahmen der SRG dar. Es wäre für die SRG unmöglich, diesen massiven Gewinnausfall durch Werbeeinnahmen zu kompensieren, selbst mit einem brutalen Einschnitt bei den Dienstleistungen. Wer die Gebühren abschafft, schafft auch die SRG ab. Die No Billag-Initiative ist in Wahrheit eine No SRG-Initiative.

Für die französisch- und italienischsprachige Schweiz wäre der Schlag besonders verheerend. Diese Landesteile verfügen nicht über die kritische Grösse, um überregionales Radio und Fernsehen zu finanzieren. Die Westschweiz und das Tessin sind auf die Solidarität der Deutschschweiz, die ihnen einen Teil ihrer Gebühreneinnahmen zuspricht, angewiesen.

Die „No Billag“-Initiative ist in Wirklichkeit eine „No SRG“-Initiative

Die Abschaffung der Gebühren würde auch die privaten Radio- und Fernseh-Stationen schwächen. Vergessen wir nicht, dass diese Medien jedes Jahr von Bundessubventionen im Umfang von dutzenden Millionen Franken profitieren. Dieses Geld wird durch die Gebühren finanziert. Ohne diese Unterstützung könnte fast kein privater TV-Sender in der Schweiz überleben und die privaten Radios wären in einer schwierigen Situation. Unzählige Arbeitsplätze werden hier infrage gestellt.

Und was wäre mit dem Schweizer Film? Die Filmbranche profitiert jedes Jahr von

ungefähr 40 Millionen Franken, die ihm durch den „Pacte de l'audiovisuel“ aus den Radio- und TV-Gebühren zugesichert sind. Die SRG unterstützt damit den Schweizer Film, der einer rauen internationalen Konkurrenz ausgesetzt ist. Die gesamte Schweiz profitiert von den Film-Hits, die auf Schweizer Boden von einheimischen Künstlern geschaffen werden.

Der Service Public ist ein Reichtum für unser Land. Er bringt einen unverkennbaren Mehrwert mit sich. Zuerst fördert die SRG den nationalen Zusammenhalt der Schweiz. Sie betont die kulturellen und sprachlichen Eigenheiten unseres Landes und wertet sie auf. Sie bringt die Landesteile zusammen. Die SRG stärkt auch unsere Demokratie, da sie eine neutrale Berichterstattung bietet und die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger unterstützt. Und zuletzt strukturiert die SRG unsere Gesellschaft, denn gerade durch die Unterhaltungs- und Informationskanäle wird der Gesellschaftsvertrag jeden Tag neu verhandelt. Kurz und bündig: Jeden Franken, den wir in die SRG investieren, dient dem Zusammenhalt der Schweiz.

Indem wir die No Billag-Initiative ablehnen, unterstützen wir einen qualitativ hochwertigen Service Public. Am 4. März 2018 stimme ich Nein zu NoBillag.

■ ChB-M



Christine Bulliard-Marbach

vertritt den Kanton Freiburg seit 2011 im Nationalrat. Die CVP-Mandatsträgerin ist aktuell Vizepräsidentin der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N). Als Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete (SAB) steht sie für die Interessen der Rand-, Voralpen- und Alpenregionen der Schweiz ein.

2500 Anzahl der von der SRG unterstützten Filme, seit Beginn des Pacte de l'audiovisuel 1997

13,3 Mio. Franken wurden von RTS an Künstler für Autorenrechte bezahlt

605,1 Mio. Franken die Ausgaben der SRG im Bereich Information im Jahr 2016
39% des Gesamtbudgets

43 % Anteil der weiblichen Mitarbeitenden der SRG

Warum „No SRG“ der Medienbranche schadet

Von Philipp Cueni

Rachele Bianchi Porro präsentiert auf RSI das Kulturmagazin „Storie“. Franz Fischlin arbeitet als Redaktor der Tagesschau bei SRF. Laurence Bisang präsentiert bei RTS die populäre Radiosendung „Les Dicodeurs“. Die drei an der „Front“ stehen für viele Kolleginnen und Kollegen, welche bei der SRG arbeiten. Sie leisten oft Arbeiten im Hintergrund, die eine hohe Spezialisierung erfordern und üben viele verschiedene Berufsfunktionen mit hohem Qualitätsanspruch aus. Natürlich gibt es solche - zum Beispiel im Journalismus - auch ausserhalb der SRG. Ein Aus für die SRG und für die gebührenfinanzierten privaten Radio- und TV-Stationen hätte aber massive Auswirkungen auch auf die Arbeitssituation aller Medienschaffenden.

Mit „No Billag“ würden 6800 Arbeitsplätze direkt im Medienbereich zerstört. Davon abhängig würden indirekt weitere mindestens 6700 Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft vernichtet. Insgesamt rechnet eine Studie der „BAKBasel“ mit einem Arbeitsplatzverlust von mindestens 13'500 Vollstellen. Diese bieten heute für 17'000 – 20'000 Mitarbeitende eine Beschäftigung. Zudem garantieren die 40 Millionen Franken, welche die SRG heute zum Schweizer Film beisteuert, weitere Beschäftigungen in der freien Szene.

Die Mitarbeitenden bei der SRG produzieren vor allem Programme, welche über den Markt alleine (Werbung, Pay-TV) nie und nimmer finanziert werden können. Deshalb auch die Gebührenfinanzierung. Ersetzt würden diese bedrohten Arbeitsplätze also kaum.

Wenn ein derart grosser Anteil von Arbeitsplätzen einer Branche verschwindet, geht die kritische Grösse verloren. Dies schwächt den Sektor, hier den Medienbereich, insgesamt.

Das alles hat im Mediensektor weitere strukturelle Auswirkungen, zum Beispiel auf die Ausbildung: Eine Ausbildung auf hohem Niveau macht nur Sinn, wenn reelle Chancen auf einen Arbeitsplatz bestehen. Abgesehen davon investiert die SRG selbst stark in die Ausbildung: mit hauseigenen Ausbildungsgängen in verschiedenen Berufen und mit Praktikumsplätzen; und auch über ihre Mitträgerschaft an den Journalismus-Schulen.

Die SRG definiert Berufsstandards der Branche wesentlich mit. Zum Beispiel durch Ethik-Richtlinien. (Die SRG trägt übrigens - auch finanziell - den Presse-Rat mit.) Je weniger Medienschaffende und Medienhäuser solche Standards (bei Ausbildung, Ethik, Qualität) einfordern, desto eher droht die Gefahr einer Verflachung.

Das gilt auch für Anstrengungen im Bereich der Gleichstellung - die SRG gilt hier als Trendsetter. Das gilt auch für den Bereich der Arbeitsbedingungen. Die SRG hat mit dem SSM einen vorbildlichen Gesamtarbeitsvertrag abgeschlossen. Ein Wegfallen der SRG-Normen könnte auch hier für die Branche eine Nivellierung nach unten provozieren.

Die SRG bietet heute vor allem im inhaltlichen Bereich sehr attraktive und spezialisierte Arbeitsplätze: etwa beim weltweiten Korrespondenten-Netz, in Spezialbereichen der Musikredaktionen,

Ohne den Player SRG würden mediale Berufsfelder und entsprechendes Know-how aus der Schweiz verschwinden, welche heute für die ganze Branche wichtig sind.

beim Dekorbau, für Multimedia-Elektrotechniker*innen, im Hörspielbereich, bei den Live-Produktionen von Skirennen, usw..

Nicht nur der Sportbereich zeigt, dass auch der technische Sektor der SRG ein weltweit anerkanntes Spitzen-Know-how erreicht hat - bis zu Eigenentwicklungen bei der Radio- und TV-Technologie.

Diese Standards und Qualitäten tragen zu attraktiven Programmen bei. Und - wichtig - zu diesen Qualitäten gehört ein weites Netz von direkten Kontakten in die Kultur- und Zivilgesellschaft. Täglich sind Mitarbeitende der SRG in Kontakt mit externen Kulturschaffenden und Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Das bildet nicht nur die Kultur und die Debatte in der Schweiz ab, sondern vermittelt auch Inputs und Aufträge in dieser Szene.

Ohne den Player SRG würden mediale Berufsfelder und entsprechendes Know-how aus der Schweiz verschwinden, welche heute für die ganze Branche wichtig sind. Eine Medienlandschaft Schweiz ohne SRG wäre derart klein, dass die einheimische Branche massiv geschwächt würde. ■ PhC



Philipp Cueni

freier Journalist in Basel. Er verantwortete viele Jahre beim SSM das Ressort Medienpolitik und hält dort noch ein Mandat. Er gründete das Medienmagazin EDITO und leitete dies bis diesen Sommer als Chefredaktor. Cueni ist Präsident von BALIMAGE, dem Verein für Film und Medienkunst in Basel.

Neues Mediengesetz statt Kurzschlusshandlungen

Von Albert Vitali

Wir müssen uns nichts vormachen: Niemand in der Schweiz würde ein Kulturradio oder Fernsehsendungen zur Volksmusik und Volkskultur machen wollen, denn kommerziell wäre dies nicht interessant.

Was die Volksinitiative „Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren“ (No Billag) verlangt, sagt bereits der Titel. Im Jahr 2015 hat das Volk die neue Radio- und Fernseh-Gebührenordnung sehr knapp angenommen, welche verlangt, dass jeder Haushalt und jedes Unternehmen Gebühren bezahlt. Früher musste man Gebühren bezahlen, wenn man auch effektiv ein Radio oder Fernsehgerät besass. Heute ist es mit den neuen Medien wie Handy und Computer praktisch überall möglich, Radio oder Fernsehen zu konsumieren.

Neuer Verfassungsartikel unklar

Artikel 93 unserer Bundesverfassung schreibt vor, dass Radio und Fernsehen unabhängig sein müssen. Private Anbieter sind nie unabhängig. Also hat der Bundesrat ein staatliches Medienunternehmen eingesetzt. Dieses erhält regelmässig einen Leistungsauftrag und wird mit Gebühren finanziert. Man kann nun nicht einfach die Gebühren entziehen und den Leistungsauftrag bestehen lassen. Die Initianten wollen auch, dass der Bund in Friedenszeiten keine eigenen Radio- und Fernsehstationen betreibt. Das ist meines Erachtens ein Widerspruch mit dem Absatz über die Unabhängigkeit. Nur ein staatliches Radio und Fernsehen ist weitestgehend unabhängig.

Der Interessengemeinschaft Volkskultur Schweiz und Fürstentum Liechtenstein (IGV), die ich präsidieren darf, ist sehr an einem unabhängigen Medienhaus gelegen. Die IGV ist der Dachverband von 33 Mitgliederverbänden der volksculturell ausgerichteten Organisationen. Sie vertritt über 400'000 Aktive. Für die Volkskultur ist die SRG ein wichtiger Akteur. Genauso, wie die privaten Radio- und Fernsehstationen. Sie alle geben uns eine nationale Bühne und Aufmerksamkeit in allen Landesteilen.

Folgen einer Annahme der Initiative

Ich bin überzeugt, bei Annahme der «No-Billag-Initiative» gäbe es in der Schweiz kein öffentliches Medienhaus mehr. Ohne Geld würde die SRG verschwinden. Darüber hinaus müssten auch viele der 34 lokalen Radio- und Fernsehstationen, die neben der SRG ebenfalls Gebühren erhalten, aufgeben. Der Medienplatz Schweiz würde sich komplett verändern.

Das Anliegen der Initianten entspricht keiner nachhaltigen Medienpolitik. Es ist unüberlegt, ja man kann sogar sagen, sie kommt einer Kurzschlusshandlung gleich. Diese Initiative muss man klar ablehnen, wie es Bundesrat, Ständerat und Nationalrat taten. Die IGV und ihre Verbände sind überzeugt, dass kein privates Medienhaus reine Volkskultur-Sendungen produzieren würden, denn das wäre kommerziell nicht interessant. Daher schätzen wir die Leistungen der SRG. Zum Beispiel die Sendungen von Jodlerfesten - wie kürzlich vom Eidgenössischen Jodlerfest in Brig-, von Schwingfesten oder vor einigen Wochen vom Unspunnenfest in Interlaken etc. Nach dem Motto: Aus der Schweiz - für die Schweiz

Neue Anforderungen nötig

Die IGV anerkennt die Notwendigkeit, dass der Begriff des Service Public präzisiert und der Leistungsauftrag der SRG überdacht werden soll. Das neue Mediengesetz soll Antworten auf die Veränderungen in der Medienbranche liefern und offene Punkte klären. Es sollen qualitative Anforderungen an die SRG formuliert werden, um die Finanzierung über Gebühren zu rechtfertigen. Ich betrachte einen gesunden Wettbewerb im Medienbereich als Voraussetzung für die Vielfalt von Meinungen und Formaten, in denen sich die Demokratie und unsere Kultur widerspiegeln. Eine Abschaffung der Gebühren wäre der verkehrte Weg in die medienpolitische Zukunft. Darum lehne ich die No Billag-Initiative ab. ■AV



Albert Vitali

ist ein Schweizer Unternehmer und Politiker (FDP. Die Liberalen). Inhaber und Geschäftsführer eines Treuhandbüros, Vitali war Gemeinderat in Oberkirch von 1982 bis 2001 und Kantonsrat von Luzern in den Jahren 1995 bis 2011. Dort war er von 2003 bis 2010 Präsident seiner Fraktion. Bei den Parlamentswahlen 2011 wurde Vitali in den Nationalrat gewählt und nimmt Einsitz in die Finanzkommission. Er ist auch Präsident der IG Volkskultur.

Auch die Musik ist ein Service public

Von 1500 Mitgliedern der Suisa

Das ist die Ansicht von ungefähr 1500 Komponisten, Textautoren und Verlegern von Musik in der Schweiz, die sich für den Service Public engagieren. In einer Resolution wurden die schweizer Parlamentarier auf die Wichtigkeit der, von Empfangsgebühren, finanzierten Radio- und Fernsehsender hingewiesen. Diese Resolution wurde an der Generalversammlung 2017 der SUISA – Genossenschaft der Urheber und Verleger von Musik in der Schweiz und dem Liechtenstein – lanciert.



Im Hinblick auf die Herbstsession des Bundesparlaments, bitten die Unterzeichnenden, dass die Parlamentarier die Rolle der, durch die Empfangsgebühren finanzierten Sender berücksichtigen, dass sie deren Position in der Debatte um die «No Billag»-Initiative nicht schwächen, auch im Falle einer Offensive gegen die SSR.

Die durch die Empfangsgebühren finanzierten Fernseh- und Radiosender garantieren eine grosse kulturelle Vielfalt

Für die schweizer Musikschaaffenden sind die Sender der SSR von grösster Bedeutung. So können ihre Werke entdeckt werden und sie bieten ihnen eine unvergleichbare Plattform.

Durch die Empfangsgebühren finanziert, gilt ihr Auftrag als Service Public auch für die Musik und die Kultur. Diese Mission verpflichtet die SSR ihren Beitrag an der Entstehung eines vielfältigen, künstlerischen Schaffens zu leisten. 20% schweizer Musik jeglicher Stilrichtung werden von den Radiosendern der

SSR ausgestrahlt. Das ist doppelt soviel als die privaten Sender programmieren.

Ein reduziertes Angebot der SSR hätte erhebliche Konsequenzen für die Musikschaaffenden

Dies droht einerseits von der Initiative «No Billag», aber auch aus politischer Sicht mit dem wiederholt ausgesprochenen Wunsch nach weniger SSR-Sendern. Für die schweizer Künstler wären die Folgen dramatisch, da sie kein Publikum mehr hätten. Mit ihrer Resolution haben die SUISA-Mitglieder die Politik vor der Verarmung der durch Gebühren finanzierten Medien gewarnt. Diese Medien stärken die kulturelle Identität der sprachlichen und regionalen Minderheiten und fördern den Austausch zwischen ihnen. Dies wiederum sind die wichtigsten Aspekte für den Zusammenhalt eines mehrsprachigen Landes.

Die Liste der Personen welche die Resolution unterschrieben haben finden Sie unter: www.suisa.ch/fr_resolution

Übersetzung: Irene Godel

Resolutionstext

Ein klares Bekenntnis zum Service public... und zu jenen, die der Schweizer Musik eine Plattform bieten!

Für die Mitglieder der SUISA – die Komponisten, Textautoren und Verleger von Musik in der Schweiz und in Liechtenstein – sowie für alle Schweizer Kulturschaaffenden sind die gebührenfinanzierten Sender ausserordentlich wichtig. Sie entdecken und verbreiten unsere Musik, unsere Kultur, unsere musikalische Identität.

Wir fordern alle National- und Ständeräte auf, die Rolle dieser Sender in der Debatte über die „No Billag“-Initiative und bei Vorstössen zur Einschränkung der SRG zu bedenken und ihre Bedeutung zu betonen.

Ermöglichen Sie das Kulturschaffen im eigenen Land, statt es zu beschneiden!

- Die gebührenfinanzierten Sender erfüllen einen Service-public-Auftrag. Unterhaltung, Musik und Kultur gehören dazu.
- Dank der SRG findet Schweizer Musik aller Sparten Verbreitung.
- Wer, wenn nicht die SRG, bietet mit Radio SRF Virus, Musikkwelt, Radio Swiss Pop, Radio Swiss Jazz, Radio Swiss Classic oder Option Musique auch weniger bekannten Schweizer Musikschaaffenden eine Plattform?
- Einzelne SRG-Sender kommen auf einen Anteil von bis zu 50% Schweizer

Musik. Über alle SRG-Sender gesehen beträgt der Anteil Schweizer Musik über 20%. Das ist durchschnittlich doppelt so viel wie bei den Privatsendern.

- Die Sender tragen auch mit Interviews, Konzertübertragungen und Livesendungen zum Erfolg der Schweizer Musik bei

Die Mitglieder der SUISA warnen vor einem Kahlschlag bei gebührenfinanzierten Medien. Deren Programme nehmen den Service-public-Auftrag ernst: Sie stärken die kulturelle Identität sprachlicher und regionaler Minderheiten und fördern den Austausch unter ihnen. Dies ist für den Zusammenhalt unseres mehrsprachigen Landes von enormer Bedeutung.

DAS BERIESELT
DIE GANZE
SCHWEIZ...

„No Billag“

Wir sollen auf unsere Kosten sparen

Von Daniel Fueter

Der Abstimmung über eine Gebühr gebührt Aufmerksamkeit. Es steht viel auf dem Spiel. Die „No Billag“-Initiative gibt den Service public zum Abschluss frei. Der SRG sollen die Mittel entzogen werden, die ihr die Wahrnehmung ihres Auftrags möglich machen. Die politisch unabhängige und auch abseits des Kommerzes agierende SRG soll geschwächt werden zu Gunsten von privaten Anbietern, welche ausschliesslich profitorientiert oft politische Partikularinteressen verfolgen.

Die SRG bedarf unserer Unterstützung. Dazu gehören vernünftige Gebühren und ein dezidierter Abstimmungskampf. Der Köder „Einsparung“ ist immer verlockend. Es gilt klarzustellen, welchen Preis diese Sparpaket kostet. Es gilt aufzuzeigen, was wir preisgeben, wenn wir uns nicht wehren.

Service public: Medienarbeit im Sinne des Gemeinwohls. Ein Pfeiler, auf dem die schweizerische Demokratie gründet. Die SRG trägt zur Ausstattung von Bürgerinnen und Bürgern bei, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen wollen. Ich zähle mich dazu. Sendungen des Radios der SRG sind Teil meines Tagesablaufes. Das „Echo der Zeit“, das „Wissenschaftsmagazin“ und Hörspiele gehören in meinen Stundenplan. Ich werde in meiner Meinungsbildung unter-

stützt, mein Weltverständnis erfährt eine Bereicherung und ich werde zur Selbstbesinnung angehalten. Im Welschen höre ich auf Espace deux „Babylon“ oder musikgeschichtliche Sendungen.

Am Fernsehen hat bei mir zugegebenermassen Fussball Priorität, dann „Tatort“ (sehr wohl auch der luzernische!) oder „Wallander“ (vom „Mentalist“ – Privatfernsehen! – ganz zu schweigen). Dann aber beschäftigen mich Dokumentar-, aber auch Spielfilme, von denen ich weiss, dass viele ohne SRG nicht einmal produziert werden könnten. Oder: „Sternstunde Philosophie“ und Reportagen, Sendungen also, zu deren Herstellung (auch dank unserer Gebühren) die SRG über Mittel, Atem und Kompetenz verfügt. Sie trägt hier auftragsgemäss zur Bildung und Kultur bei.

No Billag. Wunderbar. No bill. Es wird keine Rechnung gestellt. Womit müssen wir aber rechnen? Wir geben innerhalb einer verödenen Medienlandschaft eines der letzten Reservate preis, innerhalb dessen ein vielstimmiges und ausführliches Gespräch möglich ist, wo Widerspruch ausgehalten und nicht Gleichschaltung gesucht wird, wo Meinungsbildung und nicht Stimmungsmache das Ziel ist.

Ja zu „No Billag“? Fett gedruckt die Einsparung. Klein gedruckt die Liste dessen, was wir mit der Einsparung einkau-

fen: Mehr Fakes, weniger Fakten, mehr Schlagzeilen, weniger Analysen, schiere unbedachte Behauptungen an Stelle von echten Kontroversen, Tratsch an Stelle von Informationen.

Die wuchtige Ablehnung der Initiative müsste die SRG bestärken, zunehmend wahrnehmbare Anpassungen an das Handelsübliche im Sinne ihres besonderen Auftrags zu meiden und in allen Bereichen im Sinne eines klaren Profils, der Unverwechselbarkeit und der Alleinstellung Zugeständnisse an Boulevardisierung und Kommerz zu beschränken. Nicht nur wenn Roger und Stan oder Laurel und Hardy mitwirken, wird ersichtlich, dass Qualität und Unterhaltungswert sich nicht ausschliessen.

Die schweizerische Öffentlichkeit hat ein Recht auf Zugang zu Informationen, deren Auswahl nicht von Privatinteressen diktiert wird, und zu einem Kulturschaffen, das nicht von kommerziellen Interessen dominiert wird. Dafür steht zum Beispiel die SRG. Die Medienoffensive der Milliardäre und der Rechtspopulisten – manchmal offen vorgetragen, häufiger verdeckt vorangetrieben – gefährdet nicht nur in der Schweiz zunehmend die Unabhängigkeit der Medien und die Vielfalt des Kulturlebens. Die SRG arbeitet in unserm Auftrag, sie ist für uns alle zuständig. Es ist an uns, jetzt für die SRG einzustehen. ■ DF



Daniel Fueter

Schrieb Kammermusik, Chansons, Lieder, Chorwerke, Bühnenmusiken und musiktheatralische Stücke. Dozent für Liedgestaltung. Bildungs- und kulturpolitische Engagements als Präsident des Schweizerischen Tonkünstlervereins und von Suisseculture sowie als Rektor der Hochschule Musik und Theater Zürich und im Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierat.

WER IST IMPRESSUM?

impressum verbindet, vernetzt, verteidigt und vertritt über 4500 Journalistinnen und Journalisten.

IMPRESSUM...

- ist mit Sektionen nahe dran und wird von Journalistinnen und Journalisten geleitet
- schützt und unterstützt mit Rechtsschutzversicherung, professionellem Zentralsekretariat und Fonds
- vertritt glaubwürdig, kohärent und repräsentativ
- ist politisch und wirtschaftlich unabhängig
- steht für eine zukunftsgerichtete Medienpolitik für vielfältigen, qualitativ hochstehenden Journalismus
- arbeitet professionell, zuverlässig und effizient
- wird besser dank jedem neuen Mitglied
- Informationen und Kontakte: www.impressum.ch

WARUM IST IMPRESSUM GEGEN «NO-BILLAG»?

- 2500 Journalistenstellen bei der SRG sind gefährdet
- auch private Medien würden destabilisiert
- die Unabhängigkeit aller Journalistinnen und Journalisten ist bedroht
- die ganze Gesellschaft und Demokratie würde geschädigt

QUI EST IMPRESSUM?

impressum met en réseau, défend, et représente plus de 4500 journalistes.

IMPRESSUM...

- est proche des sections toutes conduites par des journalistes
- protège et soutient grâce à sa protection juridique, son secrétariat central professionnel et ses fonds
- représente les journalistes de manière crédible et cohérente
- est politiquement et économiquement indépendante
- s'engage pour une politique des médias orientée vers l'avenir en faveur d'un journalisme diversifié et de très grande qualité
- travaille de manière professionnelle, consciencieuse et efficace
- s'améliore grâce à chaque nouveau membre qui vient l'enrichir
- informations et contact: www.impressum.ch

POURQUOI IMPRESSUM EST CONTRE «NO-BILLAG»?

- 2500 places de journalistes à la SSR sont en danger
- les médias privés seraient aussi destabilisés
- l'indépendance de tous les journalistes est menacée
- toute la société et la démocratie en souffriraient

CHI È IMPRESSUM?

impressum unisce, mette in rete, difende e rappresenta oltre 4500 giornalisti e giornaliste.

IMPRESSUM...

- viene diretto da giornalisti e giornaliste e attraverso le sue diverse sezioni è vicino a tutti
- protegge e sostiene tramite un'assicurazione di protezione giuridica, un segretariato centrale professionale e dei fondi
- rappresenta in modo credibile, coerente e rappresentativo
- è politicamente ed economicamente indipendente
- è per una politica dei media orientata al futuro volta a promuovere un giornalismo plurale e qualitativo
- lavora in modo professionale, affidabile ed efficiente
- migliora con l'adesione di ogni nuovo membro
- informazioni e contatti: www.impressum.ch

PERCHÉ IMPRESSUM È CONTRO LA «NO-BILLAG»?

- mette a rischio 2500 posti di lavoro alla SRG
- destabilizza i media privati
- mette in pericolo l'indipendenza di tutti i giornalisti e le giornaliste
- danneggia l'intera società e democrazia



Stellenabbau, Monopolisierung, Einheitsbrei, Überstunden bis zum Umfallen, Einsamkeit im Grossraumbüro?

Als starke und engagierte Gewerkschaft wehren wir uns für die freie Berichterstattung, die Medienvielfalt, gute Arbeitsbedingungen, den GAV und einen unabhängigen audiovisuellen Service public.

Für eine demokratische, gut informierte Gesellschaft!

Werde Mitglied und stärke unsere Bewegung: www.syndicom.ch

Wir sagen NEIN zu «No Billag»

Démantèlement, monopolisation, uniformisation des médias, heures sup' jusqu'à épuisement, newsrooms dépersonnalisées ?

En tant que syndicat fort et engagé, nous défendons le journalisme, la diversité des médias, les bonnes conditions de travail, la CCT et le service public des médias audiovisuelles.

Pour une société démocratique, bien informée !

Devenez membre et renforcez le mouvement : www.syndicom.ch

Nous disons NON à «No Billag»

Smantellamento, monopolizzazione, uniformazione dei media, ore supplementari fino all'esaurimento, newsroom depersonalizzate?

In qualità di sindacato forte e impegnato difendiamo il giornalismo, la diversità dei media, le buone condizioni di lavoro, il CCL e un servizio pubblico dei media audiovisivi indipendenti.

Per una società democratica e ben informata!

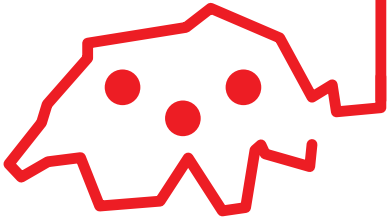
Diventa socio e rinforza il movimento: www.syndicom.ch

Diciamo NO a «No Billag»

 **syndicom**



MADE IN
SWITZERLAND



*Le service public nous appartient,
pas question de le vendre !*

Non à l'arrêt de toute production audiovisuelle nationale.
Nous voulons des médias publics qui parlent de la Suisse,
qui parlent de nous.

*Pour empêcher le grounding de la
radiotélévision publique,
nous disons **NON à «No Billag».***

*Der Service Public gehört uns allen
und steht nicht zum Verkauf!*

Nein zur Abschaffung des audiovisuellen Service Public.
Wir wollen ein öffentliches Radio und Fernsehen, welches
über die Schweiz berichtet und unsere Geschichten erzählt.

*Nein zum Grounding
des öffentlichen Radio
und Fernsehen –
NEIN zu «No Billag».*

*Il servizio pubblico ci appartiene,
non se ne parla di venderlo!*

No a fermare tutta una produzione audiovisiva nazionale.
Noi vogliamo dei media pubblici che parlino della Svizzera,
che parlino di noi.

*Per impedire il grounding della
radiotelevisione pubblica,
noi diciamo **NO alla «No Billag».***

*Il service public appartegna
a nus tuts e n'è betg en vendita!*

Na a la fin da la producziun audiovisuala naziunala.
Nus vulain medias publicas che rapportan da la Svizra
e raquintan nossa istorgia.

*Per impedir il grounding dal radio e
da la televisiun publica schain nus –
NA a «No Billag».*



Schweizer Syndikat Medienschaffender | Syndicat suisse des mass media
Sindacato svizzero dei mass media | Sindicat svizzer dals meds da massa

www.madeinswitzerland.media

